

Texte zur Politischen Philosophie

Texte zur Politischen Philosophie

Herausgegeben von Marcel van Ackeren
unter Mitarbeit von Lena Robaszkiewicz

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 19267

Alle Rechte vorbehalten

© 2014 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Gesamtherstellung: Reclam, Ditzingen. Printed in Germany 2014

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene

Marken der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-019267-2

www.reclam.de

Inhalt

Einführung: Politische Philosophie
Eine Disziplin zwischen Normativität und
Realitätsbezug 9

PLATON

Der Staat 26

Einleitung 24

ARISTOTELES

Nikomachische Ethik 43

Politik 50

Einleitung 41

AUGUSTINUS

Vom Gottesstaat 57

Einleitung 55

THOMAS VON AQUIN

Summe der Theologie 71

Einleitung 69

NICCOLÒ MACHIAVELLI

Der Fürst 91

Gedanken über Politik und Staatsführung 105

Einleitung 89

THOMAS HOBBS

Leviathan 115

Einleitung 113

JOHN LOCKE

Über die Regierung 135

Einleitung 133

DAVID HUME	
Ein Traktat über die menschliche Natur	148
<i>Einleitung</i>	146
JEAN-JACQUES ROUSSEAU	
Vom Gesellschaftsvertrag	162
<i>Einleitung</i>	160
ADAM SMITH	
Der Wohlstand der Nationen	179
<i>Einleitung</i>	177
IMMANUEL KANT	
Zum ewigen Frieden	192
<i>Einleitung</i>	190
GEORG WILHELM FRIEDRICH HEGEL	
Grundlinien der Philosophie des Rechts	210
<i>Einleitung</i>	208
KARL MARX / FRIEDRICH ENGELS	
Manifest der Kommunistischen Partei	224
<i>Einleitung</i>	222
JOHN STUART MILL	
Über die Freiheit	236
<i>Einleitung</i>	234
MAX WEBER	
Politik als Beruf	249
<i>Einleitung</i>	247
HANNAH ARENDT	
Was ist Politik?	261
<i>Einleitung</i>	259

JOHN RAWLS	
Eine Theorie der Gerechtigkeit	273
<i>Einleitung</i>	271
ROBERT NOZICK	
Anarchie, Staat, Utopia	284
<i>Einleitung</i>	282
CHARLES TAYLOR	
Atomismus	301
<i>Einleitung</i>	299
MICHEL FOUCAULT	
In Verteidigung der Gesellschaft	313
<i>Einleitung</i>	311
JÜRGEN HABERMAS	
Die Einbeziehung des Anderen	328
<i>Einleitung</i>	326
RONALD DWORKIN	
Was ist Gleichheit	339
<i>Einleitung</i>	337
Verzeichnis der Druckvorlagen	355
Weiterführende Literaturhinweise	358

Einführung: Politische Philosophie

Eine Disziplin zwischen Normativität
und Realitätsbezug

Politische Philosophie ist jener Teil der Philosophie, der sich durch einen bestimmten Gegenstandsbereich auszeichnet: Es geht um die Entstehung politischer Gemeinschaften, den Staat, die Politik und das Regieren. Philosophen in der Vergangenheit und Gegenwart haben darüber gestritten, was genau Ausdrücke wie »Staat«, »Politik« oder »Regieren« bezeichnen und inwieweit sie sich unterscheiden. Folglich gibt es auch variiierende und nicht immer scharfe Abgrenzungen zu anderen Disziplinen außerhalb der Philosophie, etwa innerhalb der Politischen Wissenschaft, z.B. der Sozialphilosophie oder der Politischen Theorie. Zum Gegenstandsbereich der Politischen Philosophie gehört auch die Erörterung der Fragen, ob es überhaupt einen vorpolitischen (Natur-)Zustand gibt, ob Politik durch einen Sozialvertrag zustande kommt, welche Form und welchen Inhalt dieser Vertrag hat und ob er tatsächlich oder nur hypothetisch vollzogen wird. Ferner diskutiert die Politische Philosophie die Rolle der Institutionen, Vereinbarungen und Handlungen, die kurzfristig oder dauerhaft für den Bereich des Politischen bedeutsam sind. Im Hinblick auf »stabile Verhältnisse« oder allgemein politische Strukturen stehen dabei Regelungen und Einrichtungen im Vordergrund, die dauerhaft bestimmte Zustände garantieren oder ausmachen sollen.

Politik betrifft alle und sie betrifft alle in einem entscheidenden Ausmaß. Kritiker, die an der Notwendigkeit Politischer Philosophie zweifeln, können gegen eine solche Aussage nur einwenden, dass hier die Bedeutung des Gegenstandes der Politischen Philosophie betont wird und nicht die des Faches selbst, denn Politik, Staaten und staatliches Handeln gibt es

unabhängig von der Philosophie. Eine schwache These für die Bedeutung der Politischen Philosophie trägt diesem Einwand Rechnung und lautet, dass diese sich mit etwas unzweifelhaft Bedeutendem beschäftigt und ihr selbst daher ein besonderer Rang zukommt. Sich über etwas so Wichtiges wie Politik auch philosophische Klarheit zu verschaffen, ist demzufolge selbst bedeutsam.

Politik existiert auch ohne Philosophie, sie ist notwendig und wichtig. Gleichzeitig ist Politik kontingent, d.h. wir können sie ändern. Doch anhand welcher Kriterien sollen wir das tun? Die Möglichkeit, Politisches zu verändern, erhöht nicht die Bedeutung des Gegenstandes, wohl aber die des Faches der Politischen Philosophie. Eine stärkere und weit verbreitete These in Bezug auf die Bedeutung des Faches besagt, dass die Politische Philosophie deshalb wichtig sei, weil sie nicht nur einen bedeutsamen Gegenstandsbereich hat, sondern sie auch eine Diskussion der Normen, die für diesen Bereich gelten, umfasst. Als einer essentiell normativen Disziplin geht es ihr um gute und richtige Politik und nicht nur darum, zu beschreiben oder zu erklären, wie sich die Dinge im Objektbereich der Disziplin tatsächlich verhalten. Zentrale Begriffe wie »Freiheit«, »Gleichheit«, »Nutzen«, »Autonomie«, »Glück« oder »Gerechtigkeit« werden als Normen oder Werte, als etwas Wünschenswertes und zu Realisierendes, verstanden. Ähnlich wie in der Ethik, einer mit der Politischen Philosophie eng verwandten philosophischen Disziplin, die ebenfalls nicht ohne normative Elemente vorstellbar wäre, nehmen die Meinungsverschiedenheiten bei Fragen der Bewertung gegenüber den faktenorientierten Wissensdisziplinen eher zu als ab. Umstritten ist hier erstens, was jeweils eine politisch relevante Norm ist, z.B. welche Art von Gleichheit angestrebt werden soll, wobei – im Unterschied zu individualethischen Theorien – jeweils entschieden werden muss, wer in einer politischen

Gemeinschaft in den Genuss welcher Normen kommen soll: Gelten diese für Individuen, Gruppen oder Institutionen? Zweitens wird diskutiert, warum etwas eine politische Norm ist bzw. wie Normen generell zu begründen sind. Da für den politischen Bereich nicht nur eine einzige geltende Norm angenommen wird, werden Konfliktfälle besonders interessant und wichtig, z. B. dann, wenn die eigene Freiheit und Autonomie mit der Gleichheit sowie dem Glück anderer in Konflikt gerät. Es wird also drittens erörtert, ob es eine Hierarchie der Normen gibt. Politische Philosophie fragt viertens nach der Realisierung der Normen innerhalb der Gemeinschaft: Welche Regierungsformen, welche Institutionen und Handlungen verwirklichen die Normen und welche werden durch diese verboten, geboten oder erlaubt? Die Möglichkeiten zur Realisierung der Normen unterliegen dabei selbst wieder normativen Kriterien. Man kann z. B. diskutieren, ob man zur Sicherung stabiler und friedlicher Verhältnisse Kriege führen muss oder darf.

Obschon Politische Philosophie einen normativen Kern hat, bleibt sie keineswegs auf diesen Kern reduziert. Vielmehr gibt es – neben der (Angewandten) Ethik – wohl weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart eine philosophische Subdisziplin, die sich so intensiv und vielfältig mit konkreter Wirklichkeit beschäftigt. Die Auseinandersetzung mit der politischen Realität spielt eine große Rolle bei der zentralen Normenbildung. Dieser Einfluss hat zwei Aspekte:

Zum einen gibt es Philosophen, die annehmen, dass die politischen Normen nicht zufällig bzw. kontingent sind und somit nicht auf menschlichen, freien Entscheidungen und Abmachungen beruhen, etwa deshalb, weil sie stattdessen durch ein göttliches Wesen festgelegt sind, von unveränderlichen metaphysischen Entitäten wie den platonischen Ideen abhängen oder durch eine unveränderliche Natur bestimmt sind.

Aber auch solche Philosophen, die die von ihnen vertretenen Normen als unveränderlich und nicht von konkreter politischer Praxis oder kontingenten menschlichen Theorien abhängig sehen, beziehen sich erstaunlich oft auf genau diese politische Wirklichkeit, die sie aus der Vergangenheit oder der eigenen aktuellen Erfahrung kennen. Dieser Bezug kann zwei Formen annehmen: Eine Kritik (oder seltener: ein Lob) der konkreten politischen Umstände kann die Normenfindung motivieren und steuern, ohne dass die These von der unabänderlichen Gegebenheit der Normen berührt wäre, oder es kann die Umsetzung der Normen in der politischen Wirklichkeit angemahnt werden. Zu bedenken ist hier, dass auch die Rede von den Normen, die keine Kulturleistungen sind, selbst ein solches kulturell-menschliches Phänomen darstellt. Auch rein ideale Theorien können sich nicht vollständig von ihrem historisch-politischen Kontext befreien. Selbst dann, wenn die Normen, die vertreten werden, den Anspruch auf ideale Reinheit erheben, sind die Theorien, die diese Normen explizieren, nicht von einem Standpunkt außerhalb der Geschichte und Gesellschaft verfasst, denn ein solcher Standpunkt ist Menschen nicht zugänglich.

Zum anderen mehrten sich – gerade in den letzten Jahrzehnten – die Stimmen, die eine viel direktere und maßgeblichere Berücksichtigung der konkreten, politisch relevanten Wirklichkeit bei der Bildung normativer Theorien fordern. Auch bei der Diskussion ethischer Theorien sind solche Forderungen zu beobachten: Gemäß einer klassischen Position muss bei der Etablierung der Norm nicht berücksichtigt werden, ob sie überhaupt bzw. leicht oder häufig erfüllt werden kann oder ob sie tatsächlich erfüllt wird. Normen dienen diesem Konzept zufolge als regulative Ideen und möglicherweise unerreichbare Leitsterne. Obwohl die menschliche Wirklichkeit vielleicht nie ganz oder auch nur annähernd den Normen entsprechen wird,

bleibt die Geltung der Norm davon unberührt. Demgegenüber gibt es vermehrt Positionen, die eine prinzipielle Änderbarkeit der Normen mit Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse postulieren. So wird schon lange angenommen, dass im Unterschied zu Normen, die Zustände für wünschenswert erklären (*ought to be*), Normen, die Handlungen betreffen (*ought to do*), einer Einschränkung oder Begrenzung unterliegen, nämlich durch den Umstand, ob der Adressat überhaupt gemäß der Norm handeln *kann*: Unmögliches darf nicht gefordert werden. Die exakte Bedeutung und Reichweite des Grundsatzes *Sollen impliziert Können* ist ungeklärt, es wird jedoch nicht bestritten, dass seine Anwendung in vielen Bereichen Sinn macht. Und da das *Können* höchst selten generell und dauerhaft in einem bestimmten Ausmaß und einer bestimmten Hinsicht, also nicht universal, besteht, sondern von konkreten Situationen abhängt und sich wandelt, muss eine Theorie immer die konkrete Wirklichkeit bei der Normenbildung im Blick haben. Normen können aber nicht nur durch ein konkret zu bestimmendes Können eingeschränkt werden, indem die Unmöglichkeit, eine Norm zu erfüllen, als Grund angesehen wird, diese nicht mehr zu erheben. Eine weitergehende Einschränkung einer Norm kann auftauchen, wenn diese zwar erfüllt werden kann, aber die Ausführung einen zu großen Einschnitt in die Interessen desjenigen bedeuten würde, der sie erfüllen soll. In diesem Fall spricht man davon, dass die Norm überfordert. Entsprechende Debatten werden vor allem in Bezug auf ethische Theorien geführt, aber sie sind zum einen offenbar grundsätzlich auf den politischen Bereich übertragbar. Und da die Normen, die die Ethik behandelt, oft die der Politischen Philosophie inhaltlich beeinflussen, ist zum anderen hier nicht nur eine Strukturähnlichkeit gegeben, sondern oftmals sollen zudem die Normen aus ethischen Theorien in und durch Politik erst realisiert werden.

Gerade in der Politischen Philosophie mehren sich die Diskussionen um das Verhältnis von idealen und nicht-idealen normativen Theorien. Seit John Rawls (1921–2002) eine Unterscheidung der beiden Theorietypen prominent gemacht hat und seine eigene Theorie als normative Theorie, aber zugleich als *realistische Utopie* bezeichnet hat, wird diese Debatte geführt. Sie kreist um das Kriterium der Machbarkeit (*feasibility*), das helfen soll, die Verbindung von praktischen Normen und empirischen Fakten zu klären. Zwei grundsätzliche Überlegungen stehen hier gegenüber. Die Kritiker der idealen Theorien argumentieren, dass die Welt sich offenbar nicht in ihrem bestmöglichen Zustand befindet. Vielmehr leben wir unter nicht-idealen Bedingungen, die bei der Begründung und Explikation der Normen berücksichtigt werden sollten. Ob und wie Normen umgesetzt werden können und was für die Erreichung der angenommenen idealen Umstände getan werden muss, sollte bei der Formulierung der Ideale berücksichtigt werden. Hintergrund dieser Überlegungen ist der Grundgedanke, dass Normen im Bereich der Praktischen Philosophie realisiert werden und somit handlungsleitend sein sollen. Normen, die ausschließlich utopisch sind und bleiben müssen, werden von diesem Standpunkt aus abgelehnt.

Die Kritiker der nicht-idealen Theorien wenden ein, dass diese Theorien uns zu einer falschen Akzeptanz der gegebenen nicht-idealen Zustände in der Welt verleiten würden. Immer dann, wenn eine Norm, wie die Einhaltung der Menschenrechte, Gleichberechtigung oder Abschaffung der Sklaverei, aus politischen, psychologischen oder anderen Gründen nicht umsetzbar ist (und dafür gibt es in der Vergangenheit und Gegenwart Beispielfälle), darf die Norm nicht vertreten werden und gilt somit nicht. Das würde dazu führen, dass die Missachtung der Menschenrechte, die Sklaverei usw., auch nicht als falsch oder schlecht bezeichnet werden dürfen, denn für ein

Urteil dieser Art wäre eine Geltung der Norm eine notwendige Voraussetzung.

In Bezug auf diese Fragen und Probleme herrscht nicht annähernd Konsens in der noch jungen Forschung. Insbesondere sind Mischformen zwischen den beiden beschriebenen Theorietypen noch nicht hinreichend etabliert. Zwischen Normen, die nur als unerreichbare regulative Ideen dienen und in völliger Absehung der empirischen Fakten für geltend erklärt werden, einerseits sowie andererseits einer Akzeptanz des Status quo gibt es diverse theoretische Optionen, die noch nicht bis ins Letzte ausgelotet sind.

Schließlich ist anzumerken, dass die Politische Philosophie nicht das alleinige Monopol auf die Beschäftigung mit politisch relevanten Normen hat. Abgesehen von anderen akademischen Disziplinen wie etwa der Ethik, der Theologie oder den Sozialwissenschaften bestehen bereits unabhängig von und sicher auch vor theoretischen Diskursen solche Normen in einer Gesellschaft. Die Beschäftigung mit den Normen innerhalb der Politischen Philosophie bezieht sich zum Teil auch auf die Normen, die außerhalb der Philosophie bestehen. Zum einen werden bestehende Meinungen von philosophischer Warte aus kritisiert, zum anderen prägen diese bestehenden normativen Vorstellungen jedoch auch die Philosophie selbst, da sie Teil des sozial-historischen Kontextes der Philosophie sind, den diese nie ganz ignorieren kann. So war es für antike Philosophen offenbar fraglos gegeben, dass es institutionelle Sklaverei und Folter in großem Ausmaß gab, so dass dieses im Rahmen ihrer Theorien weder problematisiert wurde noch Normen, die die Abschaffung forderten, in Erwägung gezogen wurden. Denker von der Antike bis in die frühe Neuzeit hinein haben die politische Unterdrückung von Frauen meist ignoriert. Haben sie sich demnach zu diesem Problem geäußert, so haben ihre Theorien in der Regel diese Zustände angenom-

men. Viele solcher Fälle legen nahe, dass die Politische Philosophie zwar oft eine kritische Funktion gegenüber den Normen ihres sozial-historischen Kontextes einnimmt, diese aber nie vollständig außer acht lassen oder überwinden kann. Auch Philosophen können also der oft beschworenen normativen Kraft des Faktischen erliegen.

Das normative Konzept ist jedoch nicht konkurrenz- oder alternativlos. In der Moderne haben sich die Zweifel gemehrt, ob Normen überhaupt rational begründbar seien. Entsprechend forderte Max Weber (1864–1920), auf Werturteile grundsätzlich zu verzichten. Politische Phänomene sollten nur erklärend verstanden und vor allem empirisch gefasst werden. Allenfalls eine Politikberatung im Sinne einer rationalen Zuordnung von Mitteln zu gegebenen Zwecken sei möglich. Niklas Luhmann (1927–1998) möchte mit seiner Systemtheorie auch noch diesen Rationalitätsanspruch entlarven und erkennt nur noch eine bedingte Systemrationalität an. Luhmann oder Weber als rein empirisch orientierte Denker zu beschreiben und damit aus der Politischen Philosophie auszuschließen verkennt aber den theoretischen Status ihrer Werke. Zugleich haben ihre und verwandte Ansätze eher eine Heimat in den Sozialwissenschaften als in der Philosophie gefunden.

Die angeführten Diskussionen zur Berücksichtigung der Wirklichkeit bei der Behandlung der Normen betreffen Theorien und finden auch innerhalb von Theorien statt. Darüberhinausgehend verlangen politische Philosophen oft, dass ihr Fachgebiet eben nicht nur ein theoretisches Unterfangen, sondern außerdem politisch wirksam ist. Der Ausdruck »Politische Philosophie« bezeichnet diesem Verständnis zufolge Philosophie, die sich nicht nur Politisches zum Gegenstand macht, sondern zudem selbst politisch (wirksam) sein möchte. Obschon Philosophie generell im Medium der Theorie verbleibt, enthält die Lehre der politischen Philosophien etwas, das über

Theorie hinausweist. Dieser Aspekt der Politischen Philosophie ist so alt wie sie selbst. Platon (427–347 v. Chr.) ging davon aus, dass das Glück der Individuen und Gemeinschaften davon abhängt, dass die Philosophen über politische Macht verfügen oder die politisch Mächtigen Philosophen werden. Aber schon bei Marc Aurel (121–180), der im Ruf stand, ein solcher Philosophenkönig zu sein, weil er über eine gute philosophische Ausbildung verfügte und römischer Kaiser war, hat man wenig Einfluss der Philosophie auf das Handeln als Regent wahrnehmen können. Heute gilt eine solche totale Konvergenz von politischer Macht und Philosophie nicht mehr als das letzte Ziel der Politischen Philosophie. Es wird bezweifelt, dass dies wünschenswert oder überhaupt machbar ist, sei es, weil auch Philosophen politisch irgehen und so Schaden anrichten können, wie z. B. bei Martin Heidegger (1889–1976) deutlich wird, oder sich die Erkenntnis verbreitet hat, dass die philosophischen Kompetenzen und jene Kompetenzen, die es im politischen Tagesgeschäft braucht, nicht miteinander deckungsgleich sind.

Dennoch ist auffällig, dass gerade die Philosophen, die sich mit politischen Themen beschäftigen, ihre politische Umgebung genau beobachten, sie auch kommentieren und somit diese Wirklichkeit nicht nur interpretieren, sondern verändern wollen. Zugleich motiviert diese Wirklichkeit Philosophen, bestimmte Theorien zu entwickeln, nämlich solche als Antworten auf aktuelle Probleme. So war Platon vom Peloponnesischen Krieg und den Problemen der Athener Demokratie geprägt, Hannah Arendt (1906–1975) vom Totalitarismus oder Thomas Hobbes (1588–1679) vom Hundertjährigen Krieg. Entsprechend beriet Platon Regenten und wollte sie beeinflussen. Die Theologen im Mittelalter, die auch als Philosophen gelten können, nahmen zu kirchen- oder alltagspolitischen Fragen Stellung, unterstützten Kreuzzüge, rechtfertigten Gewalt, z. B. antisemitische Pogrome, oder förderten die Einrich-

tung karitativer Institutionen, indem sie die Hilfe gegenüber Armen und anderen Bedürftigen philosophisch begründeten. Philosophen wie John Stuart Mill (1806–1873) oder Charles Taylor (geb. 1931) kandidierten (teilweise erfolgreich) für politische Ämter. Adam Smith (1723–1790) gab seine Lehrtätigkeit auf, um höchste administrative Aufgaben zu übernehmen. Amartya Sen (1933), der den Capability Approach entwickelte, und auch Martha Nussbaum (geb. 1947) mit ihrer Version dieses Ansatzes haben Programme der *United Nations* beeinflusst. Philosophen wie Peter Singer (geb. 1946) oder Thomas Pogge (geb. 1953) engagieren sich für die Welthungerhilfe. Ronald Dworkin (1931–2013) und Jürgen Habermas (geb. 1929) sind für ihre zahlreichen und vielbeachteten Artikel zu akuten politischen Problemen bekannt. Solche Stellungnahmen und beratende Tätigkeiten finden sich auch bei Denkern, die der Normenbegründung im Rahmen von Theorien skeptisch gegenüberstehen, wie z.B. Max Weber oder Niklas Luhmann. Und diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Politische Philosophen, die eher zurückgezogen geschrieben und sich Kommentaren zur zeitgenössischen Politik enthalten haben, sind eher die Ausnahme, und dieser Umstand scheint kein Zufall zu sein. Dass sich politische Philosophen sowohl unabhängig von ihrem historischen Kontext als auch unabhängig von den von ihnen vertretenen Positionen für Politik selbst interessieren und diese auch aktiv, zumindest durch Kommentare, beeinflussen wollen, zeigt, dass es eine Tendenz in der Politischen Philosophie gibt, nicht nur theoretisch aktiv zu sein, sondern mit der Theorie auf die aktuelle Politik zu reagieren und mit der Theorie im Blick Politik zu gestalten.

Zur Textauswahl

Gemessen an dem Umfang des Faches, der Menge an Themen sowie vertretenen Positionen und Grundströmungen, die sich zusätzlich über einen großen historischen Bereich erstrecken, stellt der vorliegende Band eine eher kleine Auswahl dar.

Die Politische Philosophie behandelt viele Themen, von denen folgende besonders wichtig sind: Eigentum, Freiheit, Legalität, Legitimität, Gleichheit, Rechte, Macht, Naturzustand, Verträge, Verfassungen, Vertrauen, Wahlrecht, Autonomie, Zivilgesellschaft und Gemeinschaft, Kultur und Multikulturalismus, Strafrecht, Demokratie, Totalitarismus, Umweltpolitik, Völkerrecht, Macht und Gewalt, politische Tugenden, Personen, Internationales Recht, Internationale Politik, Krieg, (Verteilungs-)Gerechtigkeit, Welthungerhilfe, Pluralismus.

In Bezug auf diese Themen haben sich einige Grundströmungen herauskristallisiert, etwa Marxismus, Konservatismus, Liberalismus, Sozialismus, Kommunitarismus sowie bestimmte Strömungen des Feminismus, Anarchismus.

Dieses Spektrum an Themen und Strömungen, jedoch auch das skizzierte facettenreiche Verhältnis von Idealität zu Realität sowie die historische Diversität bringen es mit sich, dass die Politische Philosophie zwar für sich beanspruchen kann, eine gut etablierte philosophische Subdisziplin zu sein, aber zugleich weiteren Einflüssen unterliegt. Es besteht (i) eine große Nähe zu anderen philosophischen Disziplinen, besonders zu denen der (Angewandten) Ethik, der Sozialphilosophie oder der Handlungstheorie. Die Politische Philosophie wird (ii) durch verschiedene philosophische Strömungen, die mehr als einzelne philosophische Subdisziplinen betreffen, bestimmt: Es werden analytische, postmoderne oder sogenannte kontinentale Ansätze vertreten. Auffällig ist, dass die Phänomenologie eher wenige Beiträge zur Politischen Philosophie

geliefert hat und dass die Analytische Philosophie erstaunlicherweise erst mit Rawls begonnen hat, sich politischer Themen anzunehmen. Mittlerweile bereichert die Analytische Perspektive die Politische Philosophie aber mit einer Vielzahl von Thesen und Debatten. Dieser Trend dürfte unumkehrbar sein. Schließlich überrascht es (iii) aufgrund der Themen der Politischen Philosophie nicht, dass viele Berührungspunkte und Überschneidungen mit anderen nicht-philosophischen Fächern bestehen, z. B. mit der Politischen Wissenschaft, der Geschichtswissenschaft, der Pädagogik, der Rechtswissenschaft, der Ökonomie, der Psychologie, Soziologie, Biologie und auch der Theologie.

*

Da sich die Politische Philosophie oft und intensiv mit historischen politischen Konstellationen beschäftigt, liegt ein historischer Aufbau der Textsammlung nahe. Ferner wird anhand der Themenliste deutlich, dass sich mit dem historischen Wandel auch die Politische Philosophie selbst verändert hat, und zwar schon allein deshalb, weil sie auf neue Probleme reagieren muss.

Um die historische Entwicklung zwar notgedrungen höchst selektiv, aber doch in Ausschnitten deutlich werden zu lassen, werden die klassisch gewordenen und aktuell zentralen Positionen hier nicht unter den gerade erwähnten Themen oder Strömungen eingeordnet, sondern die Ordnung der Positionen ist selbst historisch angelegt. Im Falle einer systematischen Gliederung hätten Themen ausgewählt werden müssen, und bestimmte Autoren, wie Aristoteles, kämen mehrfach vor. Eine solche Anordnung wäre also noch selektiver, raumgreifender und erklärungsbedürftiger geworden.

In Bezug auf die Auswahl der Texte selbst soll mit dem weit-

gehenden Rekurs auf sogenannte Klassiker keiner Kanonisierung um ihrer selbst willen Vorschub geleistet werden. Es kann an dieser Stelle im Einzelfall keine Begründung gegeben werden, warum ein einzelner Autor oder Text es geschafft hat, zum beständigen Referenzpunkt der Politischen Philosophie zu werden. Die kurzen Einleitungen zu den Texten können dies vielleicht jedoch andeuten.

Die Auswahl der Texte zielt darauf ab, klassische Positionen aus der Geschichte der Politischen Philosophie und der Gegenwart zu sammeln. Obschon eine historische Perspektive zwar weitverbreitet ist, da sie wohl weltweit in allen Philosophiestudiengängen eine Rolle spielt, ist erklärungsbedürftig, welches Anliegen sich mit einer Darstellung sogenannter Klassiker überhaupt verbindet.

Es geht hier weder darum, die einschlägigen Texte aus der Geschichte und Gegenwart der Philosophie als historische Quelle zu präsentieren, aus der wichtige Informationen von nicht nur nicht-philosophischer, sondern auch historisch-politischer Deutung zu entnehmen sind, noch geht es darum, die philosophischen Texte als »große Literatur« zu empfehlen (dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, dass einige Philosophen auch gute Literaten waren). Vielmehr wurden die Texte in ihrer Eigenschaft als dezidiert philosophisch relevante Texte ausgewählt.

Die Rede von philosophischen »Klassikern« kann unverfänglich sein, oft werden damit jedoch schwerwiegende Annahmen verbunden, z. B. dass sich hinter den Meisterdenkern und Autoren Genies verbergen, die allein etwas Wahres in der Philosophie gefunden haben. Das Studium dieser Genies wäre demzufolge auch die einzige Möglichkeit, der Wahrheit näherzukommen oder Philosophie zu betreiben. Eine solche Vorstellung wird hier ausdrücklich nicht zugrundegelegt, denn die Annahme, es gebe solche Genies, ist äußerst problematisch.

Fatal ist vor allem eine Implikation der Annahme, die Wahrheit sei nur in historischen Texten zu finden, denn dies würde bedeuten, dass es letztlich keine neuen Themen oder Argumente in der Philosophie geben könnte, was gerade für die Politische Philosophie ja erwiesenermaßen nicht gilt. Die Rede von den Klassikern kann ein gewisses Maß an Kanonisierung von Texten mit sich bringen, also die Sammlung von Texten, die häufig und dauerhaft einen Bezugspunkt der Debatten bilden. Damit sollte jedoch nicht notwendigerweise die Annahme eines Kanons an unverrückbaren Wahrheiten einhergehen. Die anhaltenden Meinungsverschiedenheiten der Philosophen oder der Wandel der Themen und Thesen könnten ja auch darauf hindeuten, dass es genau solche Wahrheiten nicht gibt.

Eine andere Rechtfertigung für die Beschäftigung mit klassischen Texten könnte lauten, dass sich dort Argumente finden, die eine aktuelle Debatte vorantreiben können. Solche Fälle sind weder auszuschließen noch sind sie kritikwürdig. Als alleinige Begründung für die Beschäftigung mit der Geschichte der Politischen Philosophie ist diese Rechtfertigung allerdings problematisch, da immer nur von dem flüchtigen Stand der aktuellen Debatte aus entschieden werden kann, was an historischen Positionen interessant ist. Das setzt jedoch voraus, dass die historischen Positionen bereits hinreichend bekannt sind, also schon studiert wurden. Diese Rechtfertigung legt außerdem nahe, dass leicht zu entscheiden wäre, was Stand und Fortschritt einer aktuellen Debatte sind. Auch hier bestehen in der Regel Meinungsverschiedenheiten.

Die Auseinandersetzung mit den Klassikern kann aber noch in einem anderen Sinne dienlich für die aktuellen Debatten sein. Die historischen Positionen können nämlich als eine Art Kontrastmittel dienen, das hilft, nicht explizierte Voraussetzungen, Ausschließungen oder Wertorientierungen aktueller Debatten besser zu erkennen, indem man sie mit den histori-

schen Positionen vergleicht. Das, was von dem Standpunkt einer aktuellen Debatte aus gesehen ohne Begründung vorausgesetzt wird, kann durch den Vergleich mit einer historischen Position sichtbar gemacht werden.

Schließlich ließe sich die Beschäftigung mit den klassischen Positionen der Politischen Philosophie auch als ein Weg mit dem Ziel rechtfertigen, zu verstehen, was Politische Philosophie ist und wie man sie betreibt. Erstens kann man Politische Philosophie, wie auch Philosophie insgesamt, nicht wie einen Naturgegenstand studieren, und zweitens gibt es weder sowohl hinreichend trennscharfe als *auch* weithin akzeptierte Definitionen von (Politischer) Philosophie oder auch nur wenigen zentralen Begriffen, noch eine Einigung über Methoden. Daher kann das Studium der Klassiker dabei helfen, sich einen Überblick über die Vielfalt an Themen, Argumenten und Strömungen zu verschaffen, die es bis jetzt gegeben hat. Dies kann nicht das eigene Nachdenken oder die aktuellen Debatten ersetzen, aber es kann eine große, vielleicht nicht zu ersetzende Hilfe sein.

Einleitung

Platon

Platon (427–347 v. Chr.) stammte aus alter Athener Aristokratie. Er wuchs während des Peloponnesischen Krieges (431–404 v. Chr.) auf, in jener Zeit der großen Dramatiker, wie Sophokles, Euripides und Aristophanes, sowie der sogenannten Sophisten, wie Gorgias oder Protagoras. Platons Mutter war mit Critias und Charmides verwandt, die zu den Dreißig (Tyrannen) gehörten, die von den siegreichen Spartanern eingesetzt wurden. Wegen seiner Herkunft war Platon daher für höchste politische Ämter prädestiniert, aber wurde dann Anhänger des Sokrates, der 399 v. Chr. unter der neuen demokratischen Regierung verurteilt und hingerichtet wurde. Daraufhin verließ Platon Athen nach Megara. Auf einer ersten Reise nach Sizilien 388 v. Chr. hatte er Kontakt mit der pythagoreischen Philosophie, deren mathematische Aspekte und Seelenwanderungslehre ihn beeinflussten. Nach seiner Rückkehr 387 v. Chr. gründete er im Hain des Akademos eine Philosophenschule, die »Akademie« genannt wurde und als Institution bis 529 n. Chr. Bestand hatte.

47 Werktitel werden mit Platon in Verbindung gebracht, von denen aber nur höchstens 29 authentische Dialoge sein dürften. Hinzu kommen Briefe, deren Urheberschaft zumindest in Teilen heftig umstritten ist. Sehr wahrscheinlich ist, dass kein authentisches Werk verlorengegangen ist. Platon ist nicht nur der Erfinder der Dialogform, mit der er der Methode und der Person Sokrates' eine literarisch meisterhaft ausgestaltete Referenz erweist. Platon, so Bernard Williams (1929–2003), ist auch der Begründer jener Philosophie, wie wir sie heute kennen. Bei ihm wird erstmalig das thematische Spektrum der Philosophie deutlich und anhaltend bestimmt: Wissen, Kunst, Wahrnehmung, Kosmos, Logik,

Ethik usw. Auch dort, wo im Laufe der Geschichte der Philosophie seine eigenen Antworten nicht mehr akzeptiert werden, bleiben sie lange ein Referenzpunkt. Daher spricht A. N. Whitehead davon, dass die westliche Philosophiegeschichte aus Fußnoten zu Platon bestehe, was vielleicht übertrieben ist, aber eben auch etwas Richtiges zum Ausdruck bringt.

Platon kennt noch keine Trennung zwischen verschiedenen Philosophiedisziplinen. Deutlich ist aber, dass Politische Philosophie für ihn zentral ist, was auch biographische Gründe hat. Seine eigenen Erfahrungen von Krieg und innenpolitischen Auseinandersetzungen, dem Verfall der öffentlichen Ordnung und der moralischen Gewissheiten führen ihn zu der These, dass erst die Gesinnung der Menschen geändert werden müsse, bevor sich die Zustände bessern können. Dafür aber brauche es die Herrschaft von Philosophen. Die Frühdialoge zeigen, dass für Platon die Frage nach der gelungenen individuellen und kollektiven Lebensführung nicht nur ein theoriefähiger Gegenstand und somit etwas, von dem es Wissen gibt, ist, sondern dass sie vollständig durch Wissen bestimmt ist. Für das Glück von Individuen und Kollektiven ist Wissen notwendig und hinreichend. In den Dialogen der mittleren Phase wird die Seelenlehre ausdifferenziert: In der *Politeia* wird die Verfasstheit von Individuum und Gemeinschaft, die dem Dialog den Titel gibt, als analog und sich bedingend verstanden. Das Wissen, das die gute Ordnung in beiden Fällen verursachen soll, bestimmt Platon mit Hilfe der Ideenannahme als Wissen von ewigen, rein seienden und daher intelligiblen Entitäten, den sog. Ideen. Ideen sind sowohl Gegenstände als auch Begriffe, die zugleich normativ sind und als einheitliches Maß für den Kosmos und den Menschen dienen. Im Spätwerk wird nicht nur die Ideenannahme modifiziert, sondern auch zunehmend die Herrschaft von Geset-